

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Zwischenbilanz 2015 des Rates für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (REZ) des Landes Baden-Württemberg hat in seiner Sitzung am 22.09.2015 zwei Jahre nach der Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg eine Zwischenbilanz gezogen. Er nimmt im Folgenden Stellung zum Stand der Projekte, in denen die Entwicklungspolitischen Leitlinien durch die unterschiedlichen entwicklungspolitischen Akteure in Baden-Württemberg umgesetzt werden, bekräftigt noch unbearbeitete Punkte und nimmt Stellung zu aktuellen Entwicklungen.

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik des Landes

1.1 Globale Verantwortung in einem weltoffenen Land

Der REZ begrüßt die Einbindung der Entwicklungspolitischen Leitlinien in die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes sowie die Berufung eines REZ-Mitglieds als Vertretung der Entwicklungspolitik in den Beirat der Nachhaltigkeitsstrategie. Es macht deutlich, dass ökologische, soziale und wirtschaftliche Tragfähigkeit mit kultureller Selbstbestimmung, gewaltfreier Konfliktkultur und demokratischer Partizipation auch in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit Geltung haben und berücksichtigt werden müssen. Wir sind überzeugt, dass dies eine Zukunftsinvestition ist, die den Menschen in Baden-Württemberg ebenso zugutekommt wie den weltweiten Partnerinnen und Partnern.

Der REZ beurteilt die Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten in Baden-Württemberg sowie die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern als große Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Der REZ sieht in einer Politik, die die natürlichen Lebensgrundlagen erhält, für menschenwürdige Lebens- und Arbeitsverhältnisse sorgt, Gewalt und Krieg verhindert, die Basis dafür, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen.

Die Bekämpfung von Fluchtursachen – im Sinne einer Sicherung der Grundlagen für ein auskömmliches Leben in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und der Bekämpfung von Krieg und Armut – muss deshalb in allen Feldern der Landespolitik angemessen berücksichtigt werden.

Mit der Verabschiedung der Entwicklungspolitischen Leitlinien durch den Ministerrat im Februar 2013 und der einvernehmlichen Begrüßung durch den Landtag im November 2013, hat sich das Land dazu verpflichtet, alles zu unterlassen, was entwicklungsschädlich ist und sich aktiv gegen Menschenrechtsverletzungen, kriegerische Gewalt und wirtschaftliche Notlagen einzusetzen.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



1.2. Unser Verständnis von Entwicklungspolitik

Durch die Verabschiedung der Agenda 2030 für eine Nachhaltige Entwicklung durch die UN im September 2015 haben sich die Rahmenbedingungen für Entwicklungspolitik verändert. Mit ihr lösen die Sustainable Development Goals (SDGs) die bis 2015 gültigen Millennium Development Goals (MDGs) ab. Nachhaltigkeit und Entwicklung wurden in einer Agenda zusammengeführt, welche universell gültig ist und als Grundlage für eine neue globale Partnerschaft dienen soll. Die SDGs wenden sich, wie schon die Agenda 21 der UNO Konferenz Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992, gleichermaßen an die Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer.

Der REZ begrüßt den Paradigmenwechsel von den MDGs zu den SDGs im Sinne der in der Agenda 21 (1992) formulierten „gemeinsamen, aber unterschiedlichen“ Verantwortung. Er empfiehlt zu prüfen, inwiefern Ziele aus den SDGs in die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg Eingang finden müssen.

Der REZ spricht sich dafür aus, die SDGs in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg zu verankern, um auch auf Landesebene eine Verknüpfung von Nachhaltigkeit und global gerechter Entwicklung gemäß der Agenda 2030 zu erreichen. Der REZ empfiehlt, dass Baden-Württemberg bei der Umsetzung der SDGs eine Vorreiterrolle einnehmen soll.

Der REZ bekräftigt seine Einschätzung, dass das globale Wirtschaftssystem mit einem ressourcen- und emissionsintensiven Wachstum sowie unsere Konsum- und Produktionsmuster wesentliche Ursachen für globale Ungerechtigkeit und sich verschärfende soziale, ökologische und ökonomische Krisen sind. Er fordert ausdrücklich auf zu einer Veränderung der Wirtschafts- und Handelspolitik im Sinne der Menschenrechte und einer globalen Gerechtigkeit unter Wahrung der natürlichen Lebensgrundlagen.

1.3. Das Engagement und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken

Der Entwicklungspolitische Dialog der Landesregierung Baden-Württemberg hat mit

- dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit als ständigem Beratungsgremium,
- der für alle entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure sowie alle Interessierten im Land offenen Entwicklungspolitischen Landeskonferenz während der Messe FAIR HANDELN und
- der Entwicklungspolitischen Landesklausur

Strukturen gefunden, in denen die entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure gut zusammenarbeiten. Dazu zählen i. e. der Rat für Entwicklungszusammenarbeit und die in ihm vertretenen Organisationen, zivilgesellschaftliche Engagierte, die Interministerielle Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit (IMA), die Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren und die entwicklungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Landtagsfraktionen.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Der REZ spricht sich dafür aus, partizipative Dialogformen weiterzuentwickeln, insbesondere zur kontinuierlichen Einbindung engagierter Bürgerinnen und Bürger.

Um die weit über 1000 entwicklungspolitischen Akteurinnen und Akteure, vor allem im Bereich der Zivilgesellschaft, zu unterstützen und um zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, wurde 2013 das Eine-Welt-Promotorenprogramm Baden-Württemberg in Trägerschaft des Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e. V. (DEAB) aufgebaut und von Bund und Land unterstützt. In acht Regionen Baden-Württembergs wurden auf der Basis von Regionalkonferenzen bei acht verschiedenen Trägern Stellen für Eine-Welt-Regionalpromotorinnen und -promotoren eingerichtet. Elf Fachpromotorinnen und -promotoren sind bei weiteren sieben Trägerorganisationen angesiedelt. Fachbeiräte der einzelnen Fach- und Regionalpromotorinnen und -promotoren sind weitgehend etabliert und begleiten die Arbeit der Eine-Welt-Promotorinnen und -promotoren. Die 19 Fach- und Regionalpromotorinnen und -promotoren leisten zahlreiche wichtige Beiträge zur Entwicklungspolitik in Baden-Württemberg und bei der Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien in den nachstehend genannten Handlungsbereichen. Eine Berichterstattung erfolgt regelmäßig im REZ und einmal im Jahr ausführlich gegenüber der Landesregierung.

Eine wichtige Rolle bezüglich der Stärkung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger spielen die Kirchen, insbesondere durch Projektförderung im In- und Ausland, Austausch- und Begegnungsprogramme, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und eine Überprüfung der eigenen Strukturen z. B. im Bereich Beschaffung. Mit einem jährlichen Strategietreffen fördern sie Vernetzung, Austausch und eine gemeinsame strategische Ausrichtung der verschiedenen Akteurinnen und Akteure im kirchlichen, aber auch nicht-kirchlichen Bereich.

Im Zuge der Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien hat die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) zur Stärkung des partnerschaftlichen Engagements im Land ein Partnerschaftszentrum errichtet. Es gründet auf der langjährigen Expertise der SEZ und dient den Initiativen als Schnitt- und Servicestelle mit verschiedensten Angeboten zu Information und Weiterbildung, Beratung, Förderung und insbesondere der Vernetzung. Im Partnerschaftszentrum angesiedelt ist vor allem die Arbeit der zwei Fachpromotorinnen und -promotoren für Partnerschaften und der Partnerschaften mit Burundi.

Mit der Konzepterweiterung der Expedition N mit Fairem Handel und Globalem Lernen und der Zusammenarbeit mit den Regionalpromotorinnen und -promotoren sowie mit besonderen Akzenten im Rahmen des Baden-Württemberg Stipendiums trägt auch die Baden-Württemberg Stiftung zur Umsetzung der Leitlinien bei.

Der REZ begrüßt „Welthäuser“ in den Kommunen als Kristallisationspunkt des Dialogs und des Engagements. Sie ermöglichen und verorten lokale Netzwerke. Sie sind Begegnungsräume für engagierte Bürgerinnen und Bürger und werden von den Eine-Welt-Promotorinnen und -promotoren für ihre Veranstaltungen und als Plattform für den entwicklungspolitischen Diskurs genutzt.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Aus dem Projekt „Engagement Kommunal: Verantwortung Global“ ist der Arbeitskreis Kommunale Entwicklungspolitik des Städtetags Baden-Württemberg hervorgegangen. Beide sind eng in den Entwicklungspolitischen Dialog und seine Strukturen eingebunden.

Mit dem entwicklungspolitischen Unternehmensdialog besteht seit 2014 ein geeignetes Instrument, um auch neue Gruppen enger in den Entwicklungspolitischen Dialog und seine Strukturen zu integrieren. Eine Ausweitung des Kreises der aktiven Mitarbeitenden um weitere Akteurinnen und Akteure aus Wissenschaft und Unternehmen ist anzustreben.

1.4. Migrantinnen und Migranten und Diasporagemeinschaften sind wichtige Akteurinnen und Akteure in der Entwicklungspolitik

Migrantinnen und Migranten sowie Diasporagemeinschaften sind seit vielen Jahren entwicklungspolitisch aktiv und gestalten sowohl die Inlands- als auch die Auslandsarbeit mit. Der REZ, in dem die Migrantenorganisationen (MO) einen Sitz haben, begrüßt, dass Migrantinnen und Migranten zunehmend Teil des Entwicklungspolitischen Dialogs werden. Das Thema Migration und Entwicklung wird durch zwei Fachpromotorenstellen in Mannheim und Stuttgart bearbeitet. Fünf Migrantinnen und Migranten sind Promotorinnen und Promotoren. Auch in anderen Bereichen der Bildungsarbeit vermitteln sie durch ihre Kompetenzen nicht nur Fachwissen, sondern sorgen mit realitätsnahem Erfahrungsaustausch für einen reflektierten Perspektivenwechsel. Dies soll weiter ausgebaut und vertieft werden. Auch für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer leisten Migrantinnen und Migranten mit ihren Erfahrungen, Kompetenzen und ihrem Engagement einen unerlässlichen Beitrag.

Die Sichtbarkeit der entwicklungspolitischen MO sowie ihre Professionalisierung müssen jedoch weiter gefördert werden. Dazu gehören auch der verbesserte Zugang zu finanziellen Fördermöglichkeiten und die Schaffung der dazu nötigen Voraussetzungen.

1.5. Entwicklungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe der Landespolitik

Der REZ anerkennt, dass Entwicklungspolitik zunehmend als Querschnittsaufgabe der Landespolitik wahrgenommen wird, die in allen Politikfeldern beachtet werden muss. Die ressortübergreifende Koordination der politischen Maßnahmen mit entwicklungspolitischen Auswirkungen obliegt der Interministeriellen Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit (IMA).

In den Ressorts der Landesregierung wurden u. a. folgende Projekte mit Bezug zur Entwicklungspolitik umgesetzt:

- Im Führungskreis Europa und Internationales werden Führungskräfte aus Verwaltungen von Land, Kommunen und Kirchen für entwicklungspolitische Fragestellungen sensibilisiert.
- Im Rahmen des campusWELTbewerbs, initiiert und koordiniert von der Hochschulpromotorin, wurden ausgewählte entwicklungspolitische Projekte von Hochschulen gefördert.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



- Im Rahmen des Programms „Baden-Württemberg-STIPENDIUM für Studierende – BWS plus“ wurden Austausch- und Kooperationsprojekte zwischen baden-württembergischen Hochschulen und Hochschulen in Burundi sowie Myanmar unterstützt.
- Das Wissenschaftsministerium fördert eine Reihe von Internationalisierungsmaßnahmen für Hochschulen, Stipendien und Begleitprogramme für Studierende aus dem Süden.
- Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg hat Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen in den Bildungsplänen verankert. Darüber hinaus unterstützt es eine Reihe von entwicklungspolitischen Programmen, Projekten und Kampagnen, wie z. B. Fairtrade-Schools-Kampagne, oder den Chat der Welten Baden-Württemberg. Darüber hinaus werden in begrenztem Umfang Schulpartnerschaften und -begegnungen gefördert.
- Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg hat den entwicklungspolitischen Unternehmensdialog ins Leben gerufen, um das entwicklungspolitische Engagement der Unternehmen zu stärken und die Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit besser untereinander zu vernetzen.
- Mit der 2015 in Kraft gesetzten Verwaltungsvorschrift Beschaffung durch das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft soll gewährleistet werden, dass bei den Auftragsvergaben der Landeseinrichtungen ökologische und soziale Mindeststandards in der Lieferkette Beachtung finden.
- Das Ministerium für Integration fördert mit dem Projekt „MEMO – Management und Empowerment in Migrantenorganisationen“ die gesellschaftliche Teilhabe und Handlungsfähigkeit dieser Organisationen.
- Über das genannte Engagement bei der Nachhaltigkeitsstrategie hinaus fördert das Ministerium für Umwelt, Klima und Energie aus den Erträgen einer Klimaabgabe für Flugreisen der Landesverwaltung CO2-Kompensationsprojekte der Entwicklungszusammenarbeit. Der REZ begrüßt eine systematische Verstetigung dieses Ansatzes.
- Das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg fördert bürgerschaftliches Engagement, zum Beispiel über den Ehrenamtspreis. Davon profitieren auch entwicklungspolitische Initiativen der Zivilgesellschaft.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

1.6. Entwicklungspolitik braucht verlässliche Rahmenbedingungen

Projektförderungen durch Land und Bund sind wichtige Ressourcen für die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure des Entwicklungspolitischen Dialogs. Auch die Kirchen, die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ), Engagement Global gGmbH und Kommunen fördern entwicklungspolitische Projekte.

Ein eigenständiger Haushaltstitel für entwicklungspolitisches Engagement im In- und Ausland ist eingerichtet. Ein Fördertopf, der von der SEZ verwaltet wird, steht ebenfalls zur Verfügung, er ist jedoch regelmäßig deutlich überzeichnet und sollte dringend erhöht werden.

Hilfreich für die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure ist das beim Staatsministerium angesiedelte Referat für Entwicklungszusammenarbeit, da damit klare Zuständigkeiten vorliegen und Ansprechpartner für alle Akteurinnen und Akteure bereitstehen.

Ein Runder Tisch Entwicklungszusammenarbeit im Landtag ermöglicht regelmäßigen Austausch mit den Landtagsabgeordneten.

1.7. Staatliches Engagement effizient koordinieren

Die Kooperation und Aufgabenteilung zwischen der EU, dem Bund, den Ländern und Kommunen erfolgt über die Vertretung in Gremien, dem regelmäßig tagenden Bund-Länder-Ausschuss und beim jährlichen Treffen der für EZ zuständigen Ministerinnen und Minister sowie 2015 im Rahmen des Europäischen Jahres für Entwicklung.

Der Ministerpräsidentenbeschluss vom 24. Oktober 2008 benennt die Kernkompetenzen der Länder wie Klimaschutz und Energie, Ernährungssicherheit und ländliche Räume, Migration und Entwicklung, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, gute Regierungsführung und Dezentralisierung, Kultur und Entwicklung sowie entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Der Ministerpräsidentenbeschluss vom 12. Juni 2014 bekräftigt den Beitrag der deutschen Länder zur Post-2015-Agenda für eine nachhaltige globale Entwicklung.

Entwicklungspolitik beginnt vor Ort, deshalb sind Kommunen ein wichtiger Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit. Ihr Interesse an entwicklungspolitischen Themen ist kontinuierlich gewachsen. Viele, insbesondere größere Kommunen beteiligen sich bereits sehr aktiv an der Entwicklungspolitik und haben schon zahlreiche Projekte umgesetzt. In der AG Entwicklungspolitik des Städtetags Baden-Württemberg haben sich derzeit ca. 20 Kommunen organisiert.

Kleine und mittlere Kommunen brauchen jedoch organisatorische und technische Unterstützung sowie ein Angebot entwicklungspolitischer Instrumente für ihr Engagement. Insgesamt soll auch die finanzielle Unterstützung ausgedehnt werden, um den Kommunen die kontinuierliche Fortsetzung und Ausweitung der entwicklungspolitischen Arbeit zu ermöglichen. Auch eine stärkere Einbeziehung kommunaler Expertise in die Projekte der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ist anzustreben.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Das Landesbüro der GIZ in Baden-Württemberg und die Engagement Global Außenstelle Baden-Württemberg/Bayern bringen ihre Kompetenzen und Programme im Auftrag des BMZ in die Abstimmung mit den anderen Mitgliedern des REZ ein.

2. Handlungsfelder

2.1. Globales Lernen innerhalb und außerhalb der Schule fördern

Der REZ begrüßt, dass das Entwicklungspädagogische Informationszentrum (EPiZ) in Reutlingen durch die Einrichtung der Eine-Welt-Promotorenstellen als Kompetenzzentrum für Globales Lernen gestärkt wurde.

Der REZ begrüßt, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung als eine von sechs Leitperspektiven in den neuen Bildungsplänen des Landes verankert ist. Das Ziel, Globales Lernen als allgemeine Leitperspektive zu verankern, ist jedoch nicht gelungen. Der REZ spricht sich nachdrücklich dafür aus, bei der Umsetzung der Bildungspläne das Globale Lernen in allen sechs Leitperspektiven zu berücksichtigen. Der REZ empfiehlt, Angebote aus dem BNE-Kompass mit der Umsetzung der Bildungspläne zu verknüpfen.

Der REZ begrüßt den Prozess zur Entwicklung einer Rahmenvereinbarung zur Bildung für nachhaltige Entwicklung inklusive Globalen Lernens zwischen Ministerien und Verbänden (u. a. DEAB, Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesjugendring).

Der REZ unterstreicht noch einmal die Forderung aus den Handlungsvorschlägen, an allen Schulen feste Ansprechpersonen für das Globale Lernen zu installieren. Ebenso wird die Forderung erneuert, finanzielle Ressourcen für Schulen bereit zu stellen, damit sie im Bereich Globales Lernen Aktivitäten mit außerschulischen Akteurinnen und Akteuren durchführen können.

Der REZ begrüßt die finanzielle und ideelle Unterstützung für erfolgreiche Kampagnen durch Ministerien, wie z. B. Fairtrade-Schools und Chat der Welten. Die Angebotsstruktur für solche Kampagnen und Programme sollte für die Schulen noch attraktiver und transparenter gemacht werden. Der REZ empfiehlt darüber hinaus die bedarfsgerechte Förderung von Schulpartnerschaften und Begegnungen.

Globale Klassenzimmer und ähnliche Einrichtungen sind wichtige Kristallisationspunkte in Kommunen. Inzwischen gibt es acht Globale Klassenzimmer. Der REZ würde eine Förderung für Neugründungen sehr begrüßen.

Das Konzept zur Fortbildung zum Global Teacher für Lehrkräfte ist erarbeitet, Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer bestehen. Entscheidend kommt es jetzt darauf an, das Leitbild des Global Teacher als festen Bestandteil in der Lehrerausbildung (Phase 1 und 2) zu verankern. Dies steht im Kontext des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure können entwicklungspolitische Fortbildungen für Lehrkräfte anbieten. Wichtig wäre die formale Anerkennung solcher Angebote als Fortbildung.

Der REZ spricht sich dafür aus, für Studierende und Lehrende an Pädagogischen Hochschulen und Universitäten des Landes Baden-Württemberg und Ländern des globalen Südens den gegenseitigen Lern- und Erfahrungsaustausch auf Augenhöhe, einschließlich pädagogischer Praktika zu ermöglichen.

Der REZ spricht sich für eine verstärkte Einbindung des Partnerlandes Burundi bei den Unterrichtsinhalten aus. Als Beispiel für eine gelungene Einbindung könnte das Land Rheinland-Pfalz mit seinem Partnerland Ruanda dienen. Entsprechende Unterrichtsmaterialien werden derzeit durch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) entwickelt. Der REZ begrüßt, dass die Erfahrungen von in Baden-Württemberg lebenden Migrantinnen und Migranten inzwischen verstärkt in Programme des Globalen Lernens einbezogen werden, u. a. im Programm Bildung trifft Entwicklung (BtE), in Programme der Welthäuser und im Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika (STUBE).

2.2. Die entwicklungspolitischen Kompetenzen in Forschung und Lehre ausbauen

Der REZ begrüßt die Einrichtung der Fachpromotorenstelle für Hochschulen. Die Eine-Welt-Fachpromotorin für den Bereich Hochschulen in Baden-Württemberg unterstützt die Verankerung entwicklungspolitischer Inhalte an baden-württembergischen Hochschulen und baut Kooperationen zwischen Nichtregierungsorganisationen und Hochschulen aus. Beispielsweise wurden im campusWELTbewerb Projektideen staatlicher Hochschulen in Baden-Württemberg gefördert, die globales Denken und lokales Handeln in Forschung, Lehre, Betrieb und Lebensalltag zusammenführen.

Das Land Baden-Württemberg unterstützt im Projekt „Nachhaltigkeit verbindet“ eine Kooperation von Hochschulen mit dem ASA-Programm, um Engagement für globale Nachhaltigkeit an Hochschulen zu fördern. Über ein Stipendium können Studierende ihr wissenschaftliches Engagement durch persönliche Erfahrungen entwicklungspolitisch bereichern.

Das entwicklungspolitische Bildungsprogramm STUBE (Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika) wird u. a. aus Mitteln des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg gefördert.

Die Baden-Württemberg Stiftung fördert mit dem Baden-Württemberg-STIPENDIUM den internationalen Austausch von hochqualifizierten deutschen und ausländischen Studierenden. Die Baden-Württemberg Stiftung plant, dieses Stipendienprogramm stärker entwicklungspolitisch zu akzentuieren.

Die genannten Projekte und Programme sind erste wichtige Schritte für den Ausbau entwicklungspolitischer Kompetenzen von Studierenden in Baden-Württemberg und zur Bildung von Netzwerken im Bereich der entwicklungsbezogenen Forschung. Der REZ empfiehlt den weiteren Ausbau von Kooperationen und Partnerschaften baden-württembergischer Hochschulen mit Hochschulen im globalen Süden. Dabei sollen neben der Exzellenzorientierung auch entwicklungspolitische Erwägungen als eigenständige

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Auswahlkriterien herangezogen werden. Der REZ empfiehlt, die Internationalisierungsstrategien baden-württembergischer Hochschulen für das Lehrangebot und die Lehrinhalte der Hochschulen sowie die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Hochschulen in Ländern des Südens weiter auszubauen.

Alumni-Netzwerke mit einer entwicklungspolitischen Akzentuierung gibt es nur wenige in Baden-Württemberg. Ein großes und gutes Netzwerk zur Alumni-Arbeit wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gepflegt, allerdings sind hier vor allem Stipendiatinnen und Stipendiaten vernetzt und das Netzwerk hat keinen entwicklungspolitischen Schwerpunkt. Eine Gruppe von ehemaligen STUBE-Studierenden in Baden-Württemberg, die entwicklungspolitisch tätig sind, tauschen sich eher informell aus. Im Rahmen des STUBE Programms fanden mehrere Nachkontakt-Treffen statt, die entwicklungspolitische Kleinprojekte initiiert haben. Der REZ empfiehlt die Förderung von entwicklungspolitischen Alumni-Strukturen, in denen Austausch, Information und Beratung möglich sind.

Der REZ fordert, dass die Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse zur besseren Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt optimiert wird.

Der REZ empfiehlt nachdrücklich, mehr entwicklungspolitische Inhalte, insbesondere Bildung für nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen, in die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer aufzunehmen.

2.3. Gleichberechtigte Partnerschaften gestalten

Der REZ begrüßt die beiden Fachpromotorenstellen für Partnerschaften und für Partnerschaften mit Burundi und die Konsolidierung des Partnerschaftszentrums bei der SEZ.

Das Partnerschaftszentrum dient privaten, kommunalen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen als Schnitt- und Servicestelle. Im Vordergrund stehen hierbei Information, Beratung, Vernetzung und die Förderung des entwicklungspolitischen Engagements durch unterschiedliche fachliche und praxisorientierte Angebote. Besonders hervorzuheben ist die Netzwerkarbeit zu Ländern des Globalen Südens und damit verbundenen Themen oder Angebote zur Mitwirkung (z. B. die landesweite Initiative Meine. Deine. Eine Welt. für Kommunen und ihre Eine-Welt-Akteurinnen und -Akteure).

Das Kompetenzzentrum Burundi der SEZ bündelt und koordiniert die baden-württembergischen Aktivitäten mit Burundi. Es erfasst, koordiniert und fördert bestehende Partnerschaften und neue Initiativen mit Bezug zu dem Land. Darüber hinaus baut es die partnerschaftlichen Beziehungen aus, vernetzt die Engagierten intensiv und gewinnt Partner aus den Bereichen Hochschule, Wirtschaft und Kommunen. Das Kompetenzzentrum berät kirchliche Einrichtungen, Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Kommunen, Institutionen und engagierte Bürgerinnen und Bürger zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit mit Burundi und betreut die mit Landesmitteln geförderten Projekte. Mit seiner Arbeit trägt das Zentrum dazu bei, das bürgerschaftliche Engagement und die zivilgesellschaftlichen Strukturen in beiden Ländern zu stärken. Mittels der neu konzipierten Wanderausstellung AMAHORO BURUNDI stellt es das Land, die Kultur, die Gesellschaft sowie die vielfältigen partnerschaftlichen Beziehungen vor und wirbt bei neuen, insbesondere auch jungen Zielgruppen für die Partnerschaft.

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



Sichtbares Produkt der Partnerschaft ist der Burundi-Kaffee, produziert von einer Kleinbauerngenossenschaft. Importiert wird der Kaffee von der dwp eG Fairhandelsgenossenschaft, die gemeinsam mit der SEZ und dem baden-württembergischen Staatsministerium die Kooperative bei der Umstellung auf Bio-Anbau unterstützen.

Der REZ empfiehlt, an der Partnerschaft mit Burundi gerade auch in der derzeit schwierigen politischen Situation festzuhalten. Der REZ wertet dies als wichtiges Signal an die verschiedenen Akteure aus dem Land und ihren Partnern in Burundi. Das Kompetenzzentrum Burundi der SEZ und das von ihm betreute starke Burundi-Netzwerk können – wie schon in den Krisenjahren während des Bürgerkriegs – als Plattform und Kristallisationspunkt für das partnerschaftliche Engagement dienen. Die Möglichkeit für Austausch und Vernetzung, auch der burundischen Diaspora, sind hierbei wichtige Momente. Darüber hinaus empfiehlt der REZ, weiter zu überlegen, welche strategischen Partner unterstützt werden können.

Der REZ begrüßt im Besonderen das Engagement von Kommunen in Form einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Kommunen in Ländern des Südens.

Die Reverse-Programmen bieten einen großen Reichtum an Partnerschaftsarbeit auf Augenhöhe. Die Diözese Rottenburg-Stuttgart entsendet seit über 30 Jahren Freiwillige ins Ausland. Dieses Jahr wurde der vierte Jahrgang an Reverse-Freiwilligen begrüßt. Seit 2013 ist das Förderprogramm weltweit des BMZ mit einem Pilotprojekt in die Förderung der Reverse-Dienste eingestiegen. Aufgrund dieser Tatsache bauen immer mehr Entsendeorganisationen diese Dienste auf und aus. Der REZ begrüßt den Ausbau der Reverse-Programme und stellt fest, dass es nötig ist, dass der Lerndienst, der einen internationaler Freiwilligendienst darstellt, keine Einbahnstraße bleibt. Die Teilnahme daran muss dringend auch für junge Menschen aus dem Süden möglich gemacht werden. Insofern sind ein weiterer Ausbau der Reverse-Dienste und eine Verstetigung der Fördergelder über die Pilotphase (bis Ende Dez. 2016) hinaus notwendig.

Der REZ empfiehlt nachdrücklich, das entwicklungspolitische Engagement in Baden-Württemberg enger mit der Arbeit der Durchführungsorganisationen des BMZ zu verzahnen.

Finanzielle Unterstützung ist – wie beim bürgerschaftlichen Engagement im Inland – auch bei der Partnerschaftsarbeit eine wesentliche Voraussetzung für die Projektarbeit. Der REZ empfiehlt, die Fördermittel zu erhöhen, denn die bestehenden Fonds sind deutlich überzeichnet.

Der REZ hält weiterhin daran fest, dass die Einreisemodalitäten für Menschen, die im Rahmen der Partnerschaftsarbeit nach Baden-Württemberg kommen, verbessert werden müssen.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

2.4. Den interkulturellen Dialog und Kulturaustausch fördern

Der REZ bekräftigt die Aussagen der Entwicklungspolitischen Leitlinien zum interkulturellen Dialog und zum Kulturaustausch.

Der REZ empfiehlt zu prüfen, wie Kunst- und Kulturprojekte mit entwicklungspolitischer Akzentuierung und umgekehrt entwicklungspolitische Projekte mit Kunst- und Kulturbezügen gefördert werden können.

2.5. Nachhaltigen Konsum, verantwortliche Beschaffung und Fairen Handel vorantreiben

Der REZ begrüßt, dass mit dem Fachpromotor für nachhaltige Beschaffung und Unternehmensverantwortung und mit den Fachpromotorinnen und -promotoren für Fairen Handel diese Handlungsfelder deutlich gestärkt wurden.

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit begrüßt, dass mit der Verwaltungsvorschrift (VwV) Beschaffung die vergaberechtliche Voraussetzung geschaffen wurde, um bei der öffentlichen Beschaffung des Landes ökologische, soziale und menschenrechtliche Kriterien berücksichtigen zu können. Insbesondere begrüßt der Rat die verbindliche Verankerung des Wesensgehalts der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation bei der Beschaffung so genannter sensibler Produkte und der Bevorzugung von Produkten aus dem Fairen Handel. Ein wichtiger Schritt ist die mit der VwV Vergabe ausgesprochene Empfehlung an die Kommunen in Baden-Württemberg, die VwV Beschaffung ebenfalls anzuwenden.

Um die verantwortliche Beschaffung auf Landes- und kommunaler Ebene weiter zu stärken, empfiehlt der Rat für Entwicklungszusammenarbeit (a) eine Fortschreibung der VwV Beschaffung auf der Grundlage der für 2016 avisierten Evaluierung, (b) die Verankerung etwa zweijährlicher Umsetzungsberichte, möglichst auf der Grundlage konkreter, überprüfbarer Zielvereinbarungen, (c) die praxisnahe Unterstützung einer verantwortlichen Beschaffung durch die Bereitstellung quantitativ und qualitativ ausreichender Beratungs- und Serviceleistungen, Schulungen und Materialien durch geeignete Stellen sowie (d) eine Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden über deren Beitrag zur Stärkung einer verantwortlichen Beschaffung.

Der REZ begrüßt, dass die Fach- und Verbrauchermesse FAIR HANDELN als Verkaufsplattform fairer und nachhaltiger Produkte, Branchentreff und Plattform für den fachlichen Austausch und zur Bewusstseinsbildung etabliert ist und in die Breite wirkt. Er begrüßt auch die Weiterentwicklung des Konzepts des „Welt:Marktplatz“ als Schaufenster für Entwicklungspolitik, in dem alle Akteure gemeinsam entwicklungsbezogene Projekte präsentieren. Der REZ begrüßt, dass das Land die FAIR HANDELN auch weiterhin finanziell unterstützt.

Der REZ empfiehlt zu prüfen, wie Wirtschaftsförder- und Existenzgründerprogramme zur Gründung neuer Weltläden und zur Professionalisierung bestehender Weltläden, Importorganisationen und ähnlicher unternehmerischer Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit herangezogen werden können.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Der REZ regt außerdem an zu prüfen, ob mit einer Kampagne für den Fairen Handel der Weltläden deren Engagement sichtbarer und der Markt für fair gehandelte Produkte vergrößert werden kann.

2.6. Die entwicklungspolitische Verantwortung der Unternehmen stärken

Der REZ begrüßt, dass das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg den entwicklungspolitischen Unternehmensdialog gestartet hat, um Unternehmen zu einem entwicklungspolitischen Engagement zu motivieren sowie entwicklungsbezogene Verknüpfungen zwischen Unternehmen, Verbänden, Kammern, Fachorganisationen und Gewerkschaften auszubauen.

Der REZ regt den Aufbau einer Datenbank an, um nach Ländern und nach Branchen sortierte Informationen und Erfahrungen von Unternehmen für Unternehmen zugänglich zu machen. Weiter regt der REZ die Auslobung eines Unternehmenspreises zu sozialer Verantwortung an, der (analog zum Mittelstandspreis für soziale Verantwortung Lea) entwicklungsbezogenes Engagement von Unternehmen auszeichnet.

Impulse aus diesem Dialogforum sollten in konkreten Projekten aufgegriffen werden, um die Verstärkung des entwicklungsbezogenen Engagements von Unternehmen zu unterstützen und die Einbindung der Wirtschaft in die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Die REZ-Organisationen sind zur Unterstützung konkreter Projekte aus dem Unternehmensdialog bereit.

Der entwicklungspolitische Unternehmensdialog muss nun konsequent fortgeführt werden, um auch die entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Wirkungen der Geschäftstätigkeit der baden-württembergischen Unternehmen zu reflektieren und einen Diskurs über angemessene unternehmerische Sorgfaltspflichten zur Wahrung der Menschenrechte zu beginnen.

Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit ruft den Handlungsvorschlag an die Landesregierung in Erinnerung, für die Finanzanlagen des Landes Nachhaltigkeitskriterien einschließlich entwicklungspolitischer Kriterien aufzunehmen und sich dafür einzusetzen, dass die Landesbank Baden-Württemberg und die Landeskreditbank ebensolche Regelungen treffen.

Der Rat erachtet es als noch nicht hinreichend gesichert, dass durch die Banken mit Landesbeteiligung keine entwicklungsschädlichen Maßnahmen finanziert oder verbürgt werden.

Der REZ begrüßt den Aufbau einer Bildungsakademie für Mikrofinanzen in Burundi durch den Sparkassenverband Baden-Württemberg in Kooperation mit der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation. Ziel ist es, die Mikrofinanzinstitute in Burundi zu professionalisieren und der Bevölkerung Beratungen zum Mikrofinanzwesen zu bieten. Partner ist der burundische Mikrofinanzverband RIM (Réseau des Institutions de Microfinance au Burundi). Außerdem begrüßt der REZ die Gründung der Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit GESTE - Baden-Württemberg durch den Genossenschaftsverband Baden-Württemberg, um entwicklungspolitische Genossenschaftsprojekte im Ausland zu unterstützen.

Welt:Bürger gefragt!



Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Der REZ empfiehlt, die technologische Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens im Energie- und Umweltbereich, z. B. bei der Nutzung von regenerativen Energien, zu intensivieren.

2.7. Entwicklungspolitik im nationalen und internationalen Kontext fördern

Der REZ begrüßt die Initiativen und den Einsatz des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat im Sinne der Entwicklungspolitischen Leitlinien, zum Beispiel bei der Befreiung von fair gehandeltem Kaffee von der Kaffeesteuer, EU-Handelsabkommen mit Mexiko sowie Kolumbien und Peru.

Der REZ bekräftigt die Vorschläge zur Umsetzung der gemeinsamen entwicklungspolitischen Verantwortung in der Kooperation mit internationalen Organisationen, der Europäischen Union und den Bund, wie sie in den Handlungsvorschlägen zu den Entwicklungspolitischen Leitlinien formuliert wurden. Dem entsprechend bekräftigt der REZ seine Empfehlungen an die Landesregierung und erweitert diese hinsichtlich der Flüchtlingsthematik, sich einzusetzen:

- für die Aufhebung der Dublin-Abkommen und eine humane Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik,
- für die Fortsetzung der Politik der Nicht-Abschottung und ein verstärktes Engagement für legale und sichere Einreisewege,
- für eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge,
- für Sorgfalts- und Offenlegungspflichten zu den ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Auswirkungen der Geschäftstätigkeit von Unternehmen,
- für den Schutz der Märkte im Globalen Süden, insbesondere für Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte, vor europäischen Importen,
- für eine Förderung kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft,
- für den weltweiten Erhalt der biologischen Vielfalt und einen äußerst sensiblen Umgang bei der Patentierung biologischer Ressourcen,
- für bessere Rahmenbedingungen für kulturellen Austausch,
- für die Verankerung menschenrechtlicher, arbeits- und umweltrechtlicher Standards in allen Handelsabkommen mit Ländern des Globalen Südens, verbunden mit wirksamen Mechanismen für die Folgeabschätzung und das Monitoring sowie entsprechenden Beschwerdesystemen,

Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung



- um die Handlungsspielräume des Landes z. B. in der Gestaltung von internationalen Handelsbeziehungen nutzen, um ein Auseinanderdriften von ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten zu verhindern.

2.8 Engagement für Frieden fördern

Der REZ begrüßt die Einrichtung der Servicestelle Friedensbildung, insbesondere mit Blick auf die friedens- und sicherheitspolitischen Fragestellungen in einer globalisierten Welt, als einen wichtigen Meilenstein und empfiehlt eine Finanzierung über 2016 hinaus.

Der REZ empfiehlt im Bereich Friedensbildung Fördermittel für zivilgesellschaftliche Akteure bereitzustellen.

Kritisch und mit großer Sorge sieht der REZ deutsche Rüstungsexporte in Entwicklungsländer und öffentliche Bürgschaften für Rüstungsexporte. Der REZ bekräftigt seine Forderung nach einem Dialogprozess auch über die Konversion von Rüstungsprodukten unter Beteiligung der rüstungsproduzierenden Unternehmen und der Zivilgesellschaft.

2.9 Flüchtlingspolitik menschlich gestalten

Der REZ begrüßt das öffentliche und bürgerschaftliche Engagement für eine Kultur, die Flüchtlingen das Gefühl vermittelt, willkommen zu sein. Er empfiehlt zur Verstärkung der Bemühungen um Verständigung, Toleranz und Akzeptanz eine Willkommensstruktur zu installieren, die Hilfe wirkungsvoll koordiniert und Ehrenamtliche in ihrem Engagement unterstützt. Parallel hierzu fordert der REZ von der Landesregierung:

- die Fortsetzung und Weiterentwicklung einer Flüchtlingspolitik zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Flüchtlingen und einer systematischen Integration sowie
- einen Abschiebestopp von Flüchtlingen und ihren Familien, die in die Gesellschaft integriert sind.